

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Außerdem in dieser Ausgabe:

Religiöse Beschneidung
Transparenz bei Nebeneinkünften
Europa in der Krise
Zwei-Klassen-Medizin
Preistreiberei in der Energiewirtschaft

Gemeinsame Agrarpolitik

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Bundestagsreport 16/2012

der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

04

Blühende Landschaften ab 2014?
von Kirsten Tackmann

08

Von echter Transparenz noch
meilenweit entfernt
von Dr. Dagmar Enkelmann

12

Praxisgebühr abschaffen
von Diana Golze

16

Pressemitteilungen

25

Reden

27

Impressum

06

Persönliche Erklärung zur
Beschneidungsdebatte
von Wolfgang Nešković

10

Wahlkampf in der Krise
von Thomas Nord

14

Steigende Strompreise - das Übel
sind die Milliardengewinne der
Energiekonzerne von Sabine Stüber

20

Anträge, Anfragen & Initiativen

26

Kontakt

Blühende Landschaften ab 2014?

von Kirsten Tackmann



Brüssel ist weit weg, denken viele. Doch gerade in der Agrarwirtschaft wird mit wachsender Unruhe in Richtung der belgischen Metropole geschaut. Die Debatte um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in der EU nach 2013 geht in die Zielgerade. Reichlich politischer Zündstoff, denn es geht um viel Geld – 40 Milliarden Euro. Die Linksfraktion hat dazu bereits im März 2010 ihr [Konzept](#) für mehr soziale und ökologische Zielgenauigkeit der Agrar-Förderung vorgelegt. Die Vorstellungen der EU-Kommission, die der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos eingebracht hatte, werden seit Herbst 2011 sehr heftig diskutiert. Aus unserer Sicht gehen sie in die richtige Richtung. Nun drängt die Zeit, denn bereits ab Januar 2014 sollen die neuen Regeln gelten.

Am Montag fand im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages eine Expertenanhörung zur GAP statt mit dem Schwerpunkt Ökologisierung der Förderpolitik. Die Linksfraktion hatte Professor Wiggering vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg als Sachverständigen benannt. In der Anhörung betonte Dr. Müller in seinem Statement, wie wichtig das so genannte „Greening / Begrünen“ der GAP sei. Unter diesem Begriff werden Reformvorschläge für eine umwelt- und klimaschonendere Agrarproduktion zusammengefasst. Was von Bundesregierung und Bauernverband als reine Flächenstilllegung verunglimpft wird und als Verschwendung von Produktionspotential, ist für andere die existenzielle Grundlage für eine neue Legitimation der Agrarförderung. Auch DIE LINKE will das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ stärken.

Das heißt: Arbeitsplatzsicherung, Klimaschutz und Schutz der Artenvielfalt sind unsere wichtigsten Ziele. Eine wichtige Voraussetzung dafür sehen wir in der Sicherung einer breiten Streuung des Bodeneigentums und vor Ort verankerte Agrarbetriebe statt Übernahme durch nicht-landwirtschaftliches Kapital.

Aus unserer Sicht ist der Kommissionsvorschlag für so genannte „ökologische Vorrangflächen“ (ÖFV) in allen Betrieben richtig. Wir hatten je nach ihrer Ausgestaltung 5 bis 10 Prozent gefordert, Ciolos schlägt 7 Prozent vor. Nach unserem Konzept sind das ausdrücklich keine Stilllegungsflächen, sondern sie sollen regionale ökologische Defizite ausgleichen helfen. Gemeint sind z.B. Blühstreifen, Feldgehölze, Feuchtwiesen, Überflutungsflächen oder es können Feld-, Gewässer- oder Waldränder gestaltet werden. Das würde wieder mehr biologische Vielfalt in die Agrarlandschaft bringen. Wo solche Strukturen noch existieren oder geschaffen wurden, sollten sie berücksichtigt werden. Auch der Anbau von Eiweißfutterpflanzen zur Ablösung von Soja-Importen aus Lateinamerika soll anteilig als ÖFV angerechnet werden können. Dort wäre dann mehr Platz für Lebensmittelanbau für den lokalen Bedarf und weniger Druck, noch mehr Regenwald abzuholzen. Das ist wirksamer Klimaschutz.

Video und Stellungnahmen zur Anhörung sind [HIER](#) zu finden.

K. Tackmann's Pressemitteilung zum Thema: [HIER](#).

Persönliche Erklärung zur Beschneidungsdebatte

von Wolfgang Nešković



Das Thema der religiösen Beschneidung von Jungen wurde in den letzten Wochen intensiv diskutiert. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in den nächsten Wochen in den Bundestag eingebracht werden wird.

Mein Kollege Raju Sharma, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, hat jetzt einen Entwurf für eine Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vorgelegt. Diesem stimme ich vorbehaltlos zu. Es handelt sich derzeit noch um einen nicht abgestimmten Entwurf, der bis zum Tag der Abstimmung noch verändert werden kann. Ich möchte Euch den Text dennoch nicht vorenthalten:

Der Bundestag hat heute über einen von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Legalisierung religiös motivierter Beschneidungen abzustimmen. Danach sollen Eltern wirksam in die Beschneidung ihrer minderjährigen Jungen einwilligen können, sofern sie nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen wird und das Kindeswohl nicht gefährdet ist. Dabei soll es nach dem Gesetzentwurf zukünftig erlaubt sein, dass zumindest Beschneidungen von unter 6 Monate alten Säuglingen auch von medizinischen Laien durchgeführt werden. Ich lehne die geplanten Regelungen unter anderem aus folgenden Gründen ab:

Das Kölner Landgericht hat in seinem Urteil vom 7. Mai 2012 auf der Grundlage der bestehenden

Gesetze für Recht erkannt, dass eine rein religiös motivierte Beschneidung eines vierjährigen Jungen rechtswidrig war. Weil es wegen dieser Einzelfallentscheidung öffentliche Proteste gab, hat sich eine Mehrheit des Bundestages im Rahmen einer Sondersitzung dafür ausgesprochen, die bestehenden Gesetze zu ändern, um die religiös motivierte Beschneidung zukünftig zu erlauben.

Die Verunsicherung, die das Urteil des Landgerichtes Köln ausgelöst hat, ist aus unserer Sicht verständlich, zumal die Beschneidung minderjähriger Jungen sowohl im Judentum als auch im Islam eine lange Tradition hat, die auch in Deutschland über viele Jahre auch offen und öffentlich praktiziert worden ist, ohne dass ihre rechtliche Zulässigkeit bisher in Zweifel gezogen worden ist.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass es in den vergangenen Jahrzehnten eine am Kindeswohl ausgerichtete Fortentwicklung des Rechts durch Gesetze und internationale Vereinbarungen gab, zu deren Einhaltung sich auch Deutschland verpflichtet hat.

Über lange Zeit herrschte in Deutschland eine extensive Auslegung des Elternrechts, die den Eltern eine sehr weitgehende Entscheidungsfreiheit in allen Angelegenheiten des Kindes einräumte und zum Beispiel auch das Recht auf körperliche Züchtigung umfasste, die lediglich in Fällen schwerer Kindesmisshandlungen eine Grenze fand. Vor diesem

Hintergrund stand auch das Recht von Eltern, im Namen des Kindes in eine Beschneidung einzuwilligen, rechtlich nie in Zweifel. Mittlerweile hat sich jedoch ein anderes Rechtsverständnis durchgesetzt, das Kinder als eigenständige Träger von Rechten begreift.

Verankert wurde dieses Verständnis weltweit in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 und in Deutschland unter anderem konkretisiert mit der im Jahr 2000 (von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion) durchgesetzten Einfügung eines „Rechts auf gewaltfreie Erziehung“ in Paragraph 1631 Absatz 2 BGB.

Das Dilemma, vor dem die Glaubensgemeinschaften und der staatliche Gesetzgeber stehen, ergibt sich somit durch eine Kollision irdischer Gesetze mit -in diesem Fall von den betroffenen Glaubensgemeinschaften als zentral betrachteten- religiösen Geboten. Diesen Konflikt gibt es zweifellos; ihn zu leugnen wäre ähnlich absurd wie die Behauptung, ein acht Tage alter Säugling würde bei einer Beschneidung keine Schmerzen empfinden. So weist selbst die Bundesregierung im vorliegenden GE darauf hin, dass in der Medizin durchgehend die Annahme, Neugeborene hätten kein oder lediglich ein unterentwickeltes Schmerzempfinden, als überholt gilt. Ähnliches gilt für das Komplikationsrisiko, das statistisch zwar nicht überzubewerten, gleichwohl aber vorhanden ist. Unsere Schlussfol-

gerungen zur Auflösung dieses Konflikts sind deshalb grundlegend anders als die der Bundesregierung:

Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die religiöse Überzeugung des mündigen Menschen zu respektieren und zu schützen ist. Doch für die Religionsfreiheit gilt, was für alle Freiheiten in einem demokratischen Rechtsstaat gilt: Sie ist nicht unbeschränkt. Beschneidungen von Kindern mögen bei entsprechender medizinischer Indikation dem Kindeswohl entsprechen; ein derartiger, nicht umkehrbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht eines jungen Menschen kann jedoch nicht allein mit den auf religiösen Traditionen begründeten Wünschen der Eltern gerechtfertigt werden.

Es liegt in der Eigenverantwortung und in der Gestaltungshoheit jeder Glaubensgemeinschaft, Wege zu finden, die Ausübung ihrer jeweiligen religiösen Gebote mit der staatlichen Rechtsordnung in Einklang zu bringen. Der staatliche Gesetzgeber sollte hier Zurückhaltung üben.

Wir unterstützen deshalb die von der Deutschen Kinderhilfe initiierte verbandsübergreifende Petition Nr. 26078, die ein zweijähriges Moratorium und die Einrichtung eines Runden Tisches in der Diskussion um die Beschneidung von einwilligungsunfähigen Jungen fordert. Den vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung lehnen wir ab.“

Von echter Transparenz noch meilenweit entfernt

von Dr. Dagmar Enkelmann

Bei dem Thema Nebeneinkünfte und -tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten hatten sich Union und FDP vergangene Woche bekanntlich keinen Millimeter bewegt. Sie blockierten und spielten auf Zeit, obwohl die Organisationen Campact.de, LobbyControl und Transparency International der Kommission rund 65 000 Unterschriften für mehr Transparenz auf den Tisch gepackt hatten, überreicht vergangene Woche in aller Frühe vor der Kommissionssitzung.

Der fehlende Fortschritt war Grund genug für die drei Organisationen, den Mitgliedern der Rechtsstellungskommission an diesem Donnerstag am selben Ort - vor dem Paul-Löbe-Haus - zur selben frühen Zeit erneut ins Gewissen zu reden und ihnen symbolisch Sanduhren zu übergeben. Die Geduld der Öffentlichkeit bei dieser Frage sei nicht endlos, hieß es bei der Übergabe, zu der - neben mir - leider nur Vertreter der anderen Oppositionsfraktionen erschienen waren.

Nach der Sitzung ist in den Medien nun von schärferen Transparenzregeln die Rede. Tatsächlich aber ist der Beschluss der Rechtsstellungskommission, der mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gefasst wurde, noch meilenweit entfernt von einer Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten, wie sie von der LINKEN bereits praktiziert wird.

Bislang müssen die Abgeordneten Einkünfte für jede einzelne Tätigkeit anzeigen, sofern diese mehr als 1000 Euro im Monat bzw. 10 000 Euro im Jahr betragen. Die Angaben werden dann in drei Stufen veröffentlicht, die erste reicht von 1000 bis 3500 Euro, die zweite bis 7000 Euro und die dritte über 7000 Euro. Künftig soll es nun nach dem Willen der Koalition zehn Stufen geben. Die ersten drei bleiben gleich, dann folgen Einkommensstufen bis 15 000,

30 000, 50 000, 75 000, 100 000, 150 000, 250 000 sowie über 250 000 Euro.

Das alles ist nicht mehr als ein Minischritt. Aufgrund des öffentlichen Drucks hat sich die Koalition zwar bewegt, bleibt aber z.B. hinter dem jüngsten Vorschlag der Bundestagsverwaltung dazu zurück. Diese hatte ein deutlich differenzierteres Stufenmodell vorgeschlagen, das bis zu einem Einkommen von 500 000 Euro und mehr reichte. Die so genannten „Großverdiener“ unter den Abgeordneten wären also viel genauer erfasst worden. Nun soll alles über 250 000 Euro im Vagen bleiben. Echte Transparenz sieht anders aus.

Damit nicht genug: Völlig unklar ist noch, wann die neuen Transparenzregeln, die in den Verhaltensregeln der Abgeordneten verankert werden müssen, in Kraft treten. Noch in dieser Legislaturperiode oder gar erst Anfang 2014? Dazu gibt es keine Festlegung. Die Gefahr besteht, dass die Koalitionsfraktionen das Thema nun bequem aussitzen. Der öffentliche Druck muss deswegen aufrechterhalten bleiben. Ansonsten passiert nichts.

Denn neben der vollen Offenlegung der Nebeneinkünfte sind weitere strittige Punkte für wirkliche Transparenz ungelöst. So wurde die Lobbyistentätigkeit von Abgeordneten im Bundestag, die ganz klar zu Interessenkollisionen mit dem Mandat führen kann, nicht aufgegriffen. DIE LINKE bleibt dabei: Echte Transparenz gibt es nur, wenn Nebeneinkünfte auf Heller und Pfennig abgerechnet und Nebentätigkeiten im Detail bekanntgemacht werden. Hier wird DIE LINKE weiter dranbleiben. In der nächsten Sitzungswoche soll die Rechtsstellungskommission erneut zusammentreten.



Foto: (c) Jörg Staudé

Wahlkampf

von Thomas Nord

in der Krise

Die politischen Krisenreaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 haben erheblich zur Verschuldung der Mitgliedsstaaten der EU und insbesondere der Euro-Zone erheblich beigetragen. So ist zum Beispiel der Schuldenstand der BRD durch das Rettungspaket der Bundesregierung über 480 Milliarden Euro von 60% auf 80% gestiegen. Die darüber hinausgehenden politischen Konjunkturmaßnahmen haben dadurch zunächst ein direktes Überschwappen auf die Realwirtschaft verhindert. Damit war die unmittelbare Schockwelle der Finanz- und Wirtschaftskrise zu großen Teilen abgefangen. Sie traf nicht wie Ende der 1920er Jahre in die Realwirtschaft, sondern in die unzulängliche Verfasstheit der Euro-Zone.

Im Jahr 2002 wurde die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vollendet, der Euro als Realgeld eingeführt. Drei Jahre später scheiterte der Versuch zu einer gemeinsamen Verfassung durch die Voten in Frankreich und den Niederlanden. Als rechtliche Ersatzkonstruktion trat im Dezember 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft. Schon im Mai 2010 wurde der Vertrag mit der Hilfe für Griechenland gebrochen, das bail-out Verbot des Artikels 125 AEUV hatte in etwa sechs Monate gehalten. In Deutschland wurde die Bewilligung mit einer starken Kampagne gegen die faulen Südländer begleitet, denn es war Wahlkampf in Hessen und Nordrhein Westfalen. Seitdem befindet sich das Europäische Recht in einer beständigen kreativen Neuschöpfungsphase. Die Wirtschafts- und Finanzkrise aus dem Jahr 2008 hat sich 2010 in eine Währungskrise verwandelt. Dementsprechend wurde die Krisenpolitik in den Landtagswahlkämpfen 2011 intoniert, derweil auf der anderen Seite eine Hilfskonstruktion nach der anderen - zum Beispiel EFSF und

ESM - ersonnen wurde, um die offensichtlichen Konstruktionsmängel des Euro zu beheben. In der jetzt erkennbar werdenden Zielstellung der Vorschläge aus Rat und Kommission wird die Zentralisierung und Ermächtigung der europäischen Ebene als Lösung angestrebt. Das Parlament wird in diesen Vorschlägen in seiner Bedeutung marginalisiert.

Durch das erst neu eingeführte Europäische Semester zum Beispiel haben sich die Mitgliedsstaaten darauf verpflichtet, der EU-Kommission ihre jeweiligen Haushaltsentwürfe vorzulegen, bevor sie im Parlament diskutiert werden. Die Kommission ihrerseits gibt Empfehlungen an die nationalen Regierungen, wo diese den Haushalt nachbessern müssen, um z. B. die Maastricht-Kriterien und die Schuldenbremsen einzuhalten. Mit der Verabschiedung des Fiskalpaktes sind die Staaten weitere Verpflichtungen eingegangen, was die Haushaltsführung angeht. Ein aktueller Vorschlag sieht vor, die Empfehlungen der EU-Kommission zu verpflichtenden Maßgaben zu machen. Der deutsche Finanzminister fordert die Einführung eines EU-Sparkommissars, der Durchgriffsrechte in die jeweiligen nationalen Haushalte hat. Dies trifft in den meisten EU-Ländern auf entschiedenen Widerstand, die dieses zentrale Souveränitätsrecht nicht aufgeben wollen. Besonders bei denen, die Gefahr laufen, den Rettungsschirm in Anspruch nehmen zu müssen.

Im Februar 2012 wurde das zweite Hilfspaket für Griechenland beschlossen. Auch hier war die Bewilligung der Kredite von einer massiven Anti-Kampagne gegen die „faulen“ Südländer begleitet. Im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen stan-

den Landtagswahlen an. Zur Zeit wandelt sich die Währungskrise in eine Krise der jetzigen Verfasstheit der EU, weil die bestehenden politischen Institutionen nicht in der Lage sind, die Krise effektiv zu beenden. In Britannien mehren sich die Stimmen für einen Austritt aus der EU. Finnland hat schon mit einem Austritt aus der Euro-Zone gedroht. Ebenso Österreich. Auch in Deutschland gibt es Stimmen, die ein Verlassen der Euro-Zone fordern, obwohl die deutsche Wirtschaft am nachhaltigsten vom Euro profitiert. Der Nationalegoismus wird angesichts der nun lang anhaltenden Krise stärker.

Die rechtskonservativen Reaktionen auf das Erstarren nationalchauvinistischer Stimmen folgen bekannten Mustern. Die verstärkte Einreise von Roma und Sinti aus Serbien und Makedonien wird von der CSU als Asylmissbrauch thematisiert. Gleichzeitig werden beide Länder als sichere Drittländer ausgewiesen, obwohl Roma und Sinti systematisch ausgegrenzt und verfolgt werden. Die CSU spielt die Stammtischparole „Der Asylmissbrauch muss gestoppt werden“. Sie war in dieser Form aus der offiziellen Politik zuletzt am Anfang der 1990er Jahre zu hören. Die christlich-konservative Kraftmeierei hat die gesellschaftliche Stimmung, in der die Pogrome von Rostock und Lichtenhagen geschahen, stark

angeheizt, weil der Eindruck entstehen konnte, dies steht in Übereinstimmung mit der offiziellen bundesrepublikanischen Politiklinie. Kurz darauf wurde in der Bonner Republik 1993 das Asylrecht mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und SPD faktisch abgeschafft. Der deutsche Michel (Glos, CSU) war zufrieden.

Gerade wird die erst 2010 eingeführte Visa-Liberalisierung für den West-Balkan von Innenminister Friedrichs (CSU) in Frage gestellt. Auch die teilweise Aussetzung des Schengen-Abkommens durch einzelne Mitgliedsstaaten wurde kürzlich beschlossen. Dies ist ein Instrument, das davon ausgeht, dass die derzeitige europäische Krise sich verschlimmert. Der bayerische Innenminister stellt genau so wie der FDP Vorsitzende den Verbleib Griechenlands offen in Frage. Der EU-Beitritt von Kroatien wird von Bundestagspräsident Lammert in Frage gestellt. Die gesamte EU-Beitrittspolitik für den West-Balkan wird in Frage gestellt. Europäische Solidarität heißt aus dieser Sicht, zuerst auf den eigenen Euro-Geldbeutel zu schauen. Der deutsche Wohlstand muss gesichert werden, koste es, was es wolle. Demokratie und Freiheit sind im Zweifelsfalle zweitrangig. Hier kündigt sich eine Tonart an, die nur einen Rückschluss zulässt. Bald wird gewählt, in Bayern und im Bund.

von Diana Golze

Praxisgebühr abschaffen

Foto: Tommy Weiss, pixelio.de



O b arm oder reich: Alle gesetzlich Versicherten müssen 10 Euro pro Quartal für den Arztbesuch bezahlen. Nicht selten gehen im Besonderen Geringverdienende nicht zum Arzt, weil sie dieses Geld schlicht nicht haben. Mit fatalen Folgen für ihre Gesundheit. Eine solche Ausgrenzung führt zwangsläufig zu einer Zwei-Klassen-Medizin.

Dabei liegen die Fakten zur Praxisgebühr auf dem Tisch. Eine Steuerungswirkung, die ihr von Beginn an zugesprochen wurde, hat sie nicht erbracht. Stattdessen belastet sie die Kranken und besonders die Geringverdienerinnen und Geringverdiener. Schaut man sich dann noch den hohen bürokratischen Aufwand an, kann man eigentlich gar nicht zu einem anderen Schluss kommen, als die Abschaffung dieser unsinnigen, unsozialen und einseitigen Finanzierung zu fordern.

Lange Zeit war DIE LINKE die einzige Stimme im Bundestag, die sich offen gegen die Praxisgebühr gestellt hat und die Abschaffung der Praxisgebühr immer wieder auf die Tagesordnung holte. Nun endlich haben sich SPD und Grüne entschieden, den Argumenten der LINKEN zu folgen. Selbst die FDP hat sich seit März 2012 angeschlossen. Bisher aber haben alle drei Fraktionen die Abschaffung der Praxisgebühr im Bundestag blockiert.

Schon die PDS hat die Einführung der Praxisgebühr abgelehnt und als neugegründete LINKE immer wieder deren Abschaffung gefordert. Ähnlich wie nun die FDP – und doch aus komplett anderen Gründen. Der FDP ging und geht es allein um weniger Bürokratie für Ärztinnen und Ärzte – der LINKEN um die Patientinnen und Patienten. Ganz anders hingegen bei der SPD. Frei nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“, tut die SPD derzeit so, als sei sie die „Speerspitze der Bewegung“ zur Abschaffung der Praxisgebühr. Doch für diesen Sinneswandel hat sie sehr lange gebraucht. Noch 2006 hieß es aus den Reihen der SPD in der Debatte zum ersten Antrag der LINKEN, die Praxisgebühr abzuschaffen: „Ihr Vorschlag, die Praxisgebühr ersatzlos zu streichen, ignoriert nicht nur konsequent die sinnvollen Funktionen der Praxisgebühr; er offenbart ebenso ein sehr eindimensionales Verständnis von Gesundheitspolitik.“ Im Jahr 2012 klingt es aus der gleichen Fraktion indes so: „Die SPD ist für die Abschaffung der Praxisgebühr. Sie belastet einseitig die Einkommensschwachen und Kranken“. Bisher haben aber sowohl SPD als auch Grüne alle Anträge der LINKEN zur Abschaffung der Praxisgebühr abgelehnt. In dieser Woche verhinderte die Koalition aus Union und FDP einen diesbezüglichen Mehrheitsbeschluss. Vielleicht, weil sie demnächst einen eigenen Antrag zur Abschaffung der Praxisgebühr einbringen wollen? Das ist Vorkampfbetrieb auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten und vor allem auf dem Rücken von Geringverdienenden!

Nun, da sich eine so breite Mehrheit für die Streichung dieses unsinnigen Bürokratiemonsters zusammengefunden hat, sieht sich DIE LINKE in ihrem jahrelangen Kampf gegen die Praxisgebühr bestätigt.

Mit dem Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung hat sie Vorschläge gemacht, die eindeutig zeigen: Ein gerechtes Gesundheitssystem ist möglich! Die Abschaffung der Praxisgebühr ist dafür ein notwendiger Schritt.

Steigende Strompreise

das Übel sind die Milliardengewinne der Energiekonzerne

von Sabine Stüber

Die Strompreise klettern, und es scheint kein Ende in Sicht. Die Einkommen sinken oder stagnieren. Vielen Familien, besonders mit geringem Einkommen, macht diese Entwicklung beim Blick in ihre Haushaltskasse Sorge, bald die Stromrechnung nicht mehr bezahlen zu können.

In den letzten fünf Jahren sind die Strompreise um 25% gestiegen. Das bedeutet, wenn 2007 die Kilowattstunde Strom im Bundesdurchschnitt 20,6 Cent kostete, müssen heute dafür 26,0 Cent auf den Tisch gelegt werden. Nur ist dafür eben nicht die Energiewende verantwortlich, wie uns das die Lobbyisten der Energiekonzerne weismachen wollen. Leider spielen auch die Medien zu oft diese Karte, was die allgemeine Verwirrung verstärkt. Genau betrachtet haben wir es aber mit einer willkürlichen Preistreiberei der Energiewirtschaft zu tun.

Die sogenannte EEG-Umlage, also der Teil am Strompreis, der die Kosten der Energiewende abdeckt, ist für nächstes Jahr weiter erhöht worden, liegt aber derzeit noch bei 3,6

Cent. Eigentlich sinkt dieser Teil je höher der Anteil von Erneuerbarer Energie an der Gesamtenergieerzeugung wird und senkt den Preis am Energiegroßmarkt schon jetzt um knapp einen Cent. Nur wird diese Preissenkung nicht weitergegeben, sondern als Gewinn in die Konzerntaschen gesteckt.

Auch die sonst anfallenden Kosten der Energiewende, und da liegt die eigentliche Krux, hat die Politik ausgesprochen ungerecht verteilt. Die energieintensive Großindustrie ist nicht nur von der EEG-Umlage befreit, sie ist gegenwärtig zudem bei verschiedenen Abgaben privilegiert, und kann so viel Geld sparen bzw. ihre Profite erhöhen. Allein die Rabatte beim EEG führen schon zur Erhöhung von einem Cent pro Kilowattstunde auf unserer Stromrechnung zu Hause. Denn, so sieht die politische Entscheidung aus, den privaten Haushalten und den klein- und mittelständischen Unternehmen werden alle Vergünstigungen für die Großen auf den Strompreis raufgepackt.

Offensichtlich hat die Bevölkerung bei ihrer eigenen Regierung die geringste Lobby, denn sie trägt die größte Kostenlast. Der Ruf nach sozialer Abfederung und bezahlbaren Strompreisen aus den Regierungsrängen zeigt, dass die entstehende soziale Schieflage beim Strompreis zur Kenntnis genommen wird – mehr nicht. Mit einer Vergesellschaftung der Energieversorgung könnte das Übel bei der Wurzel gepackt werden, mit den derzeitigen Strukturen gelingt das nicht.

Vier große Energiekonzerne beherrschen in Deutschland den Strommarkt. Sie machen jährlich Milliardengewinne mit steigender Tendenz, weil Preissenkungen nicht weiter gegeben werden, was wir schon vom Benzinpreis, aber auch von den Dispozinsen kennen.

Jetzt indessen geht es um eine sozialverträgliche Energieversorgung durch eine soziale und ökologische Energiewende mit bezahlbaren Stromrechnungen für die Haushalte. Die muss jedoch politisch gestaltet werden, und dazu haben wir LINKE einen brauchbaren Vorschlag erarbeitet (siehe Kasten).

Sieben Grundforderungen der LINKEN:

Willkür der Stromversorger bei Preisbildung beenden

Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen

Stromsteuer senken

Der Sockeltarif für Strom:

Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen

Stromsperrern beenden

Abwrackprämie für Stromfresser

Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Vertreibung

Diese sieben Grundforderungen kann eine Regierung auch im real existierenden Kapitalismus umsetzen, wenn sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über jene der Energiewirtschaft stellen würde. Wie? Das können alle in dem [Positionspapier](#) unserer Bundestagsfraktion „Wie die Energiewende sozial wird“ nachgelesen, auch die Bundesregierung.

Echte Transparenz sieht anders aus

25.10.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Von der beitragsgenauen Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten, die DIE LINKE bereits praktiziert, ist der heutige Beschluss der Rechtsstellungskommission, der mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gefasst wurde, meilenweit entfernt.“

Aufgrund des öffentlichen Drucks hat sich die Koalition zwar bewegt, bleibt aber hinter dem jüngsten Vorschlag der Bundestagsverwaltung mit Stufen bis zu einem Einkommen von 500.000 Euro und mehr zurück. Die geplante Erweiterung von drei auf 10 Stufen bis

250 000 Euro ist nicht mehr als ein Minischritt. Echte Transparenz gibt es nur, wenn Nebeneinkünfte auf Heller und Pfennig abgerechnet und Nebentätigkeiten im Detail bekanntgemacht werden“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den Ergebnissen der heutigen Sitzung der Rechtsstellungskommission des Ältestenrats.

Enkelmann weiter: „Neben der vollen Offenlegung der Nebeneinkünfte bleiben weitere strittige Punkte für wirkliche Transparenz

ungelöst. So wurde die Lobbyistentätigkeit von Abgeordneten im Bundestag, die ganz klar zu Interessenkollisionen mit dem Mandat führen kann, nicht aufgegriffen. Außerdem gilt es zu verhindern, dass sich die Koalition bei diesen Fragen nun wieder rückwärts bewegt, wie sie es seit Jahren praktiziert. Es braucht weiteren öffentlichen Druck, Nebeneinkünfte und -tätigkeiten transparent zu machen. Ansonsten passiert nichts.“

Transparenz ist kein Almosen, sondern ein verbrieftes Anspruchsrecht der Wählerinnen und Wähler.“

Weltnaturschutzgipfel – es hätte mehr sein sollen

22.10.2012 – SABINE STÜBER

Am Wochenende (20.10.2012) ging die 11. Vertragsstaatenkonferenz (COP 11) der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) in Hyderabad (Indien) zu Ende.

Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber sagt dazu: „Die Welt ist bei dem Ziel, die Biologische Vielfalt auf diesem Planeten zu erhalten, vielleicht einen kleinen Schritt vorangekommen, auch wenn das Ergebnis von Hyderabad den Artenschwund nicht aufhalten wird. Trotzdem ist es gut, dass die Gelder weltweit für die Biodiversität in den nächsten drei Jahren verdoppelt werden.“

Der Beschluss wurde zum Ende der Konferenz gefasst, allerdings nicht auf Grundlage einer ausreichenden Bedarfsanalyse, so wie ursprünglich geplant, und kann nur

als Anschubfinanzierung gewertet werden.

Sabine Stüber weiter: „Auch für das beschlossene Arbeitsprogramm zum Nagoya-Protokoll, hält sich meine Begeisterung in Grenzen, denn es ist keine Rede davon, den in Nagoya offensichtlich „vergessenen“ Vorteilsausgleich für indigene Völker und lokale Gemeinschaften nachzuholen. Aber diesen Zahn hatte mir schon die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage vor Beginn der Konferenz gezogen.“

Das Ziel der COP 11 war die Unterbrechung des Strategischen Plans 2011–2020 und des Nagoya-Protokolls aus dem Jahr 2010. Die dazu notwendigen Beschlüsse zur Finanzierung der weltweiten Umsetzung

wurden erst in den letzten Stunden der Konferenz erreicht. Die Gelder, die weltweit für die Biodiversität zu Verfügung stehen, sollen bis 2015 auf 7,7 Mrd. Euro verdoppelt werden. Voraussetzung war die Selbstverpflichtung der Entwicklungsländer, die Gelder wirksamer für den Schutz der Biodiversität einzusetzen, was vor allem Brasilien bis fast zum Schluss verweigerte.

Zum Nagoya-Protokoll wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, das den Weg für dessen künftige Umsetzung aufzeigt. Das Protokoll regelt den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte Aufteilung der Vorteile, die sich aus ihrer Nutzung ergeben, und tritt in Kraft, sobald es von 50 Staaten ratifiziert wurde. Bisher ratifizierten es vier Staaten.

Altmunition in der Ostsee – und wie viele Funde waren es nun?

24.10.2012 – SABINE STÜBER

Bei den diesjährigen Messfahrten mit Unterstützung modernster Marine-Technik in der Kieler Bucht wurde weitere Altmunition, auch außerhalb der bisher gekennzeichneten Flächen, gesichtet. Dabei handelt es sich laut Information des Bundesministeriums der Verteidigung (BMV) auf Nachfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Stüber, DIE LINKE, um ein Gemisch aus Ankertau- und Grundminen, möglichen Wasserbomben (oder Fässern) und torpedoähnlichen Objekten.

Nach Auswertung dieser Funde gab nun die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Direktion Nord, als Konsequenz am 17. Oktober 2012 bekannt, dass in den Seekarten das „Unreingebiet“ Kolberger Heide erweitert wird.

Dazu die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber: „Das ist genau der Punkt. Auf der einen Seite ist

es gut, dass umgehend vorsorglich gehandelt wird, damit zumindest keine Menschen zu Schaden kommen können. Auf der anderen Seite irritiert mich, dass hier mit ganz unterschiedlichen Mengenangaben gehandelt wird. Mir sind auf meine Nachfrage vom Verteidigungsministerium etwa zeitgleich ganz andere Zahlen mitgeteilt worden. 2000 Minen sind nicht einfach nur „über 1000 Minen“, sondern doppelt so viele!“

Nach erster Klassifizierung spricht die WSV von über 1000 möglichen Ankertau- und Grundminen. Der Bundestagsabgeordnete hatte das BMV auf ihre Nachfrage zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE mitgeteilt, dass es sich in der Kolberger Heide um etwa 2000 Altmunitionsfunde handelt. Sabine Stüber weiter: „Das ist Irreführung der Öffentlichkeit, und ich frage mich natürlich, was steckt dahinter? Soll hier ein ungeliebtes Problem klein geredet werden,

weil keine Lösung in Sicht und die Gefahr für Mensch und Umwelt keinesfalls unter Kontrolle ist? Jetzt muss zumindest ein abgestimmtes Lösungskonzept her, wie weiter mit der Altmunition umgegangen werden soll und das die systematische Kartierung aller belasteten Gebiete in Nord- und Ostsee mit neuster Technik einschließt.“

Hintergrund:

Munition und andere Kampfmittel wurden zu unterschiedlichen Zeiten in Nord- und Ostsee versenkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, bis etwa 1948, waren es über eine Million Tonnen. Jedes Jahr kommt es an Deutschlands Stränden mehr als einmal zu Verletzungen, zum Beispiel durch die Verwechslung von angespülten Phosphorstücken aus korrodierter Munition mit Bernstein (Phosphor oxidiert an der Luft und entzündet sich selbst, nachdem es getrocknet ist).



Foto: (c) Christian Wehrle

LINKE fordert: versicherungspflichtige Arbeit statt Minijobs

25.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Ich habe gegen den Gesetzentwurf der Koalition gestimmt, weil die minimale Anhebung der Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigungen am eigentlichen Problem vorbeigeht. Die eklatante ökonomische und soziale Benachteiligung der Minijobberinnen und Minijobber, die übrigens ihren An- fang unter Rot-Grün in der Agenda 2010 nahm, muss ein Ende haben“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes der CDU/CSU, FDP zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung (17/10773, 17/11174, 17/11178).

Tackmann weiter:

„7,3 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiten aktuell in Minijobs. Das sind ein Fünftel aller Beschäftigten.

Minijob heißt Minilöhne. Mehr als

80 Prozent der geringfügig Verdienenden erhalten einen Lohn, der unter der Niedriglohngrenze liegt. Viele bekommen nicht einmal den momentanen Höchstsatz von 400 Euro – im Schnitt erhalten die Betroffenen nur 260 Euro.

Minijob heißt Minirente. Minijobberinnen und Minijobber sind kaum sozial abgesichert und sie zahlen keine eigenständigen Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme.

Aktuell wird für einen Minijob von 400 Euro im Jahr ein Rentenbeitrag von 3,18 Euro erworben. Mit der neuen Regelung von 450 Euro sind es 4,15 Euro.

Die Rentenhöhe bei 45 Jahren in einem Minijob mit 400 Euro beträgt 182,83 Euro, mit 450 Euro Verdienst wären es ganze 205,70 Euro. So die Antwort der Bundes-

regierung auf die schriftliche Frage meiner Kollegin Diana Golze im März dieses Jahres.

Minijob heißt ökonomische und soziale Benachteiligung nach Geschlecht. Zwei von drei Minijobbern sind Frauen – ein Armutszeugnis für die Bundesrepublik in punkto Gleichstellung.

DIE LINKE fordert in ihrem Antrag Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichzustellen. Das heißt Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Das heißt aber auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der selbstverständlich auch für Teilzeitbeschäftigte gelten muss.“

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen“ (17/7386) finden Sie: [HIER](#)



Foto: Klaus-Dwe Gerhardt_pixelio.de

LINKE fordert sozial-ökologische Ausrichtung der EU-Agrarpolitik

22.10.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Wer der EU-Agrarpolitik eine Zukunft geben will, muss sie auf eine neue Grundlage stellen. Sie muss deutlich sozialer und ökologischer werden. Dann wird auch ihre Förderung weiterhin von der Gesellschaft finanziert. Die Reformvorschläge des EU-Agrar-Kommissars gehen in die richtige Richtung“, erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Fachanhörung im Deutschen Bundestag. Der Agrarausschuss hat Sachverständige eingeladen, um über die Zukunft der EU-Agrarpolitik (GAP) zu beraten.

Tackmann weiter:

„Die Berücksichtigung von zwei Leistungen ist der Linksfraktion besonders wichtig: Der Erhalt und die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen und die ökologische Aufwertung der Agrarlandschaft.

Der Faktor Arbeit sollte viel stärker

in der EU-Agrarpolitik berücksichtigt werden. Wer mehr Leute beschäftigt und einen fairen Lohn bezahlt, muss dafür besser gestellt werden als ein arbeitsarmer Marktfruchtbetrieb. Damit würde auch die Debatte um kleine oder große Agrarbetriebe auf das wirklich wichtige Kriterium von Gemeinwohlleistungen auf der Fläche objektiviert. Kappung und Degression lehnt die Linksfraktion nach wie vor ab. Die Art und Weise der Bewirtschaftung muss für eine öffentliche Förderung entscheidend sein und nicht die Betriebsgröße. Ciolos' Relativierung der größenabhängigen Kürzung durch den Faktor Arbeit ist immerhin ein richtiges Zeichen.

Die Linksfraktion unterstützt ökologische Vorrangflächen, wenn dabei der ökologische Zustand der Fläche und Vorleistungen des Betriebes dafür berücksichtigt werden. Wirksame Maßnahmen zum

Ausgleich regionalspezifischer Defizite sollten aus einer europaweiten Positivliste ausgewählt werden können. Diese Flächen sollen nicht stillgelegt werden, sondern auch bestimmte extensive Nutzungen zulassen.

Neben Söllen, Hecken oder Gestaltungen von Gewässer-, Ackerrand- oder Waldrandstreifen könnten auch Ackerkulturen einbezogen werden, die wie Eiweißpflanzen die Agrarlandschaft ökologisch aufwerten. Die Stellungnahmen der Sachverständigen zeigen, dass die sieben Prozent für die Betriebe kaum ein Problem sein werden. Auf jedem Hof gibt es kaum genutzte oder schwer zugängliche Ecken, die dafür geeignet wären. Teilweise wurden bereits ökologische Leistungen auf diesen Flächen erbracht.“

Das GAP-Konzept der Linksfraktion: [HIER](#)



Foto: RainerSturm_pixelio.de

25.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11208](#) ★

Überprüfung der Namen von Bundeswehrcasernen

Bis heute sind noch mehr als zwei Dutzend Kasernen nach Wehrmachtssoldaten benannt, die den verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg mitgetragen haben. Die Bundeswehr ist immer noch nicht bereit, eine wirkliche Zäsur zu der Wehrmacht und ihrer Rolle in der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg vorzunehmen und sich als demokratische Streitkraft zu verorten. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr gehört auf den Prüfstand, die Kasernennamen müssen geändert werden.

24.10.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11143](#) ★

Gemeinsam lernen - Inklusion in der Bildung endlich umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 in Kraft. Deutschland hat sich damit zur Inklusion verpflichtet. Mit Art. 24 BRK hat sich Deutschland ausdrücklich dazu verpflichtet, jeder und jedem Einzelnen Chancengleichheit in der Bildung inklusiv zu ermöglichen. Doch vielen jungen Menschen wird derzeit die gleiche Teilhabe an Bildung verwehrt. Wir fordern daher, dass sich der Bund seiner Verantwortung stellt und inklusive Bildung endlich umgesetzt wird.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11142](#) ★

Alleinerziehende entlasten – Unterhaltsvorschuss ausbauen

Bleiben die Unterhaltszahlung für das Kind aus, bedeutet dies für die Alleinerziehenden und ihre Kinder regelmäßig harte finanzielle Einschnitte, die sie nicht zu verschulden haben. Hier springt der Unterhaltsvorschuss ein. Allerdings ist er zeitlich eng begrenzt und Kindergeld wird voll angerechnet. Wir wollen das Höchstalter auf 18 Jahre setzen, die Bezugsdauer entfristen und das Kindergeld nur hälftig anrechnen.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11141](#) ★

Praxisgebühr jetzt abschaffen

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11137](#) ★

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes (Störerhaftung)

Um die Neigung privater und gewerblicher WLAN-Betreiber/innen zu stärken, ihre Netze für die gelegentliche Mitnutzung durch Dritte zu öffnen, bedarf es einer rechtlich zuverlässigen Haftungsfreistellung. Diese muss einerseits schuldhaftes (also vorsätzliches und fahrlässiges) Handeln umfassen; hierzu dient die ausdrückliche Klarstellung der Rechtslage in § 8 Absatz 3 TMG-E.

25.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11091](#) ★

Rechtsextreme Aufmärsche im dritten Quartal 2012

Erfragt werden soll eine statistische Aufstellung der Naziaufmärsche pro Quartal, unter Berücksichtigung der Veranstalter und der thematischen Ausgestaltung der Aufmärsche. Ziel der Anfrage ist es, die wechselnde Mobilisierungsfähigkeit und -willigkeit der Naziszene zu dokumentieren und auch eine regionale Übersicht solcher Aufmärsche zu erhalten.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11089](#) ★

Musikveranstaltungen der extremen Rechten im dritten Quartal 2012

Musik ist das entscheidende Rekrutierungsmittel der extremen Rechten unter Jugendlichen. Mit der regelmäßigen Anfrage wollen wir die Aktivitäten der extremen Rechten in diesem Feld dokumentieren, die Öffentlichkeit sensibilisieren und die Arbeit antifaschistischer Akteure unterstützen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11086](#) ★

Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische Sicherheitsbehörden

Die Weitergabe personenbezogener Daten an Sicherheitsbehörden autoritärer Regime ist unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten stets ein problematischer Vorgang. DIE LINKE will die Praxis in Erfahrung bringen. Es muss erkennbar werden, ob sich die deutschen Sicherheitsbehörden der Problematik bewusst sind und Daten nur zurückhaltend weitergeben.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11085](#) ★

Rüstungsexporte nach Algerien

In den vergangenen Jahren sind eine Reihe von umfangreichen Rüstungsexportvorhaben nach Algerien bekannt geworden. U.a. liefert die deutsche Rüstungsindustrie Fregatten, Fertigungsanlagen für Militärfahrzeuge und ein Grenzsicherungssystem. Die Menschenrechtslage im Land ist angespannt. DIE LINKE fragt bezüglich Rüstungsexporte nach Algerien vor dem Hintergrund einer zunehmenden Destabilität in der Gesamtregion genau nach.

23.10.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11070](#) ★

Themen und Ergebnisse der Ausländerreferentenbesprechungen (Herbst 2012 und ältere)

Bei den Ausländerreferentenbesprechungen treffen sich hochrangige Verwaltungsbeamte von Bund und Länder und stimmen die konkrete Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Regelungen miteinander ab. Dieser wichtigen Bedeutung der ARB entspricht es nicht, dass das Gremium weitgehend im Verborgenen handelt und keinerlei Informationen über die jeweiligen Beratungen an die Öffentlichkeit gelangen. DIE LINKE will sich über Themen und Ergebnisse der ARB berichten lassen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11069](#) ★

Die Partei DIE RECHTE

Im Mai gründete der langjährige Neonaziaktivist Christian Worch gemeinsam mit ehemaligen Funktionären der Deutschen Volksunion (DVU) die Partei DIE RECHTE. Im Landesverband NRW dieser Partei sind mehrere Funktionäre zuvor verbotener Neonazikameradschaften aktiv. DIE LINKE fragt die Bundesregierung nach Informationen zur Neugründung dieser Partei.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11068](#) ★

Beteiligung deutscher Polizeien am EU-Projekt „iCOP“ zur Entwicklung von Mustererkennung und Filtertechnologie für Tauschbörsen

Polizeien nutzen Soft- und Hardware zur Mustererkennung visueller Datenbestände. Die Behörden sowie das Fraunhofer-Institut DFKI sind überdies am EU-Vorhaben „iCOP“ beteiligt, das Filtertechnologien für P2P-Netzwerke entwickelt. DIE LINKE fragt nach, wie solche Anwendungen bereits genutzt werden und auf welche Datenquellen zugegriffen wird. Möglich ist, dass die gegen kinderpornografischen Inhalt entwickelten Werkzeuge perspektivisch in anderen Kriminalitätsbereichen eingesetzt werden.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10966](#) ★

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand drittes Quartal 2012)

Polizeieinsätze im Ausland werden ein immer wichtigeres Gebiet der Außen-, aber auch der Militärpolitik. Sie unterliegen jedoch einer viel geringeren parlamentarischen Kontrolle als Bundeswehrein-sätze und führen zumindest teilweise zu einer Vermischung von Polizei- und Militäraufgaben. DIE LINKE fordert einen Parlamentsvorbehalt für solche Einsätze. Die Kleine Anfrage, die einmal im Quartal gestellt wird, soll die wichtigsten Veränderungen in den Polizeieinsätzen aufzeigen.

25.10.2012 ▼

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11226](#) ★

Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch

Als eine Form des Nachteilsausgleiches und zur Verbesserung der Mobilität gibt es das Recht auf unentgeltliche Beförderung für viele schwerbehinderte Menschen im öffentlichen Personennahverkehr. Dafür müssen sie eine Eigenbeteiligung in Form des Erwerbs einer Wertmarke leisten. Bund und Länder wollen den Preis der Wertmarke um 20 Prozent ab 1. Januar 2013 erhöhen und künftig dynamisieren. Das soll zu rund 11 Millionen Euro Mehreinnahmen für Bund und Länder führen. Das lehnt DIE LINKE ab.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11194](#) ★

Änderungsantrag zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013

Die Bundesregierung plant im Jahressteuergesetz 2013 Vereinen und Initiativen bei bloßer Nennung als „extremistische Organisation“ in einem Verfassungsschutzbericht, diesen die Gemeinnützigkeit automatisch zu entziehen. DIE LINKE setzt sich nicht nur für die Streichung dieser Verschärfung ein, sondern fordert darüber hinaus den seit 2009 bestehenden Bezug zum Verfassungsschutz bei der steuerrechtlichen Anerkennung von Gemeinnützigkeit ganz zu streichen.

▶▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/11225](#) ★

Abzug statt Modernisierung der US-Atomwaffen in Deutschland

DIE LINKE fordert endlich die Umsetzung des Abzuges der in der BRD noch stationierten Atomwaffen. Die schwarz-gelbe Koalition hat diese Zielsetzung zwar auch im Koalitionsvertrag verankert, ist indes- sen gegenüber dem Drängen der US-amerikanischen Seite umgefallen.

PLAN B

Das rote
Projekt für
einen **sozial-
ökologischen**
Umbau.*

Freitag den 26. um 17:00 Uhr startet die PLAN B Konferenz im Berliner Pfefferberg. Allen Daheimgebliebenen bieten wir einen Livestream der Konferenz an

Am Freitag von 17 bis 20 Uhr wird die Eröffnungsveranstaltung übertragen. Am Samstag senden wir von 10:00 bis 10:45 Uhr und von 15:45 bis 16:30 Uhr. Die Workshops und das World-Café können aus organisatorischen Gründen leider nicht gestreamt werden. Es besteht die Möglichkeit sich über die Kommentarfunktion auf dieser [Webseite](#) in die Konferenz einzubringen. Die Kommentare werden auf einer Leinwand im großen Saal für alle Konferenzteilnehmer/innen sichtbar publiziert.

zum [Livestream](#)

Reden

25.10.2012 – REDE IM BUNDESTAG – DIANA GOLZE

Wer eine Individualbeschwerde für Kinder will muss deren Rechte stärken

Somit unterzeichnet ein reiches Industrieland wie Deutschland erneut ein verbindliches UN- Dokument, ohne für die notwendigen Rechtsgrundlagen gesorgt zu haben.

▶ weiterlesen [HIER](#)

25.10.2012 – REDE IM BUNDESTAG – DIANA GOLZE

Minijob heißt Niedriglohn und bedeutet Altersarmut - vor allem für Frauen

Wir fordern mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir fordern, dass das Lohndumping endlich beendet wird. Es darf keine unterschiedliche Behandlung von Beschäftigungsformen geben.

▶ weiterlesen [HIER](#)

24.10.2012 – REDE IM BUNDESTAG – DIANA GOLZE

Keine Verbesserung - Regierung lobt sich

Rede in der Aktuellen Stunde zum Thema: Soziale Situation der Kinder in Deutschland.

▶ weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de



Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkemann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkemann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Foto: Torsten Rissmann_pixelio.de

Deutscher Bundestag

Fraktion DIE LINKE

Landesgruppe Brandenburg

V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 72675

Fax: (030) 227 - 76675

E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Layout: K. Brückner





Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 09.11.2012.

